

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL MONAY

394

II. Ausgabe

Dienstag, den 15.  
Wien, am 15. Dezember 1931.

## Budgetberatung.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1931.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 15.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Generaldebatte und der Spezialdebatte über die Gruppe II des Voranschlages 1932.

Gm.Rtin Dr. Motzko (E.L.) bemerkt, dass wunden Abstrichen des Budgets die Abstriche auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege am schmerzlichsten fühlbar seien. Gerade hier hätte die Majorität die Pflicht gehabt, das Möglichste aufzubieten. Das war ja der Wechsel, den Sie vor mehr als einem Jahrzehnt der Bevölkerung von Wien ausgestellt haben und tatsächlich ist ein Grossteil der Bevölkerung auf diese Ihre Mentalität eingegangen. Sie haben nicht die produktive Wirtschaft, von der erst die Fürsorge leben kann, sondern die Wohlfahrtspflege als das Primäre vorangestellt. Die Bevölkerung hat Ihnen Zeit und Möglichkeit gegeben, Experimente auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu machen und Sie haben durch diese Ihre Politik die Wirtschaftskraft Wiens ausgehöhlt. Sie haben an den gesunden Forderungen der Wirtschaft bössartige Abstriche gemacht, nur damit Sie an Ihren Parteizielen und Ihrer Experimentiersucht keine Abstriche machen müssen. Auch für die Zukunft können wir leider nichts Besseres erwarten. Und doch ist die Arbeitslosigkeit in ein Stadium getreten, das vor allem der Wohlfahrtspflege ganz neue und gewaltige Aufgaben stellt. Demgegenüber ist leider Ihr Fürsorgeingenium in ein trauriges Stagnieren geraten. Sie haben ja nichts getan, als an den Aufgaben der Fürsorge, die es schon in der Vergangenheit gab, weiterzubauen. Sie haben keine neuen Gedanken in die Fürsorge gebracht und vor allem nichts getan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihrem Wesen. Die Hilfe, die dargebracht werden müsste, müsste vor allem in der Richtung neuer Existenzgründungen liegen. Jeder Quadratmeter Boden müsste ausgenützt werden, indem man damit Existenzfürsorge schafft. Eine grosszügige Bodennutzungskolonisation wäre heute mehr denn je am Platze. Damit befassen Sie sich gar nicht. Die Not der Arbeitslosen trägt einen ganz spezifischen Charakter. Es handelt sich um Menschen, die nicht durch eigenes Verschulden in Not gekommen sind, sondern um Menschen, die alle den guten Willen und die Voraussetzung mitbringen, sich eine Existenz zu schaffen. Es ist nicht ein Versagen des Einzelnen, sondern ein Versagen des gesellschaftlichen Ganzen. Und darin liegt auch die psychologische Wurzel für das Entstehen aller dieser radikalen Bewegungen. Wir müssen aus den Warnungszeichen, die uns diese Radikalismen von links und rechts geben, die Lehre ziehen, wo der richtige Weg liegt. Sie wollen uns für den Rechtsradikalismus verantwortlich machen. Auch der Rechtsradikalismus, ist, wenn auch in scharfem Kampfe gegen Sie in den letzten Wurzeln seines Wesens Ihnen verfeindet, aus Ihrem Geiste geboren und steht Ihnen in seinen letzten Tendenzen viel näher als uns. <sup>Von</sup> Uns ist er kulturell soweit entfernt wie Ihre Anschauungen. Wir lehnen es ab, für diese Richtung irgendwie verantwortlich gemacht zu werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Auch wir sind mit dem Wirtschaftswesen von heute und der Weltwirtschaftsweise von heute nicht zufrieden. Aber wir sehen den tiefsten Grund des Versagens/ <sup>der Weltwirtschaftsweise</sup> darin, dass Sie auf materialistischer Grundlage aufgebaut ist und wir erhoffen eine Regeneration des Wirtschaftswesens nicht davon, dass wir alles zusammenreißen, sondern <sup>vielmehr</sup> dass wir dieser Wirtschaft ein geistig sittliches Fundament geben, dessen <sup>ersten</sup> ~~Erstes~~ und oberstes Motiv das der Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für alle ist. In den Weissungen, die die Quadragesimo anno



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

uns gibt sehen wir die Bahn, die wir zu gehen haben, um den Einzelnen mit der Gesamtheit zu verbinden und das Wirtschaftsleben mit der geistig sittlichen Kultur der Gemeinschaft. In Bezug auf die Wohlfahrtspflege aber <sup>verlangen</sup> wir dieser Notzeit gegenüber eine gesteigerte Anspannung und Auswertung aller fürsorgerischen Kräfte, die nur gefunden werden kann, wenn in loyaler Art alles zusammengefasst wird, was fürsorgerisch tätig sein will und was den Beweis der fürsorglichen Leistungsfähigkeit erbracht hat. Der Aufbau des Wohlfahrtswesens in Wien hätte sich in der Richtung der besten Organisation vollziehen müssen. Sie haben von Anfang an das genaue Gegenteil gemacht. Sie haben sich nur von Ihrem Machtrausch und Ihrer Parteilichkeit gegen die religiös eingestellte Fürsorge leiten lassen. Sie haben im Jahre 1923 die Verträge mit den geistlichen Schwestern in den Wiener Anstalten gekündigt, dann haben Sie die freiwillige Fürsorge, namentlich die Caritas, abgeschaltet und damit sie überflüssig werde, in einem rasendem Tempo eine ganze Reihe von Fürsorgeeinrichtungen geschaffen. Von diesem Zeitpunkt an ist das Fürsorgebudget der Gemeinde ganz gewaltig gewachsen. Horte der freiwilligen Fürsorge waren schon da, Sie haben immer mehr Gemeindehorte geschaffen. Im Jahre 1920 hat es schon über 30 Mutterberatungsstellen der freiwilligen Fürsorge gegeben. Sie haben vom Jahre 1924, wo es <sup>solcher</sup> 15 städtischen Stellen gegeben hat bis zum Jahre 1929 20 neue geschaffen. Und jetzt sagt der Verwalter des Wohlfahrtswesens, dass von den 35 Mutterberatungsstellen 30 zuviel sind. Da hat man z. B. im VII. Bezirk neben die Tagesheimstätten Kinderhorte und Kindergärten der Caritas in unmittelbare Nähe ganz ähnliche Gemeindeanstalten hinge-<sup>in</sup>setzt. Nicht anders ist es in Simmering. Man ist von 57 Kindergärten im Jahre 1924 auf 96 im Jahre 1929 hinaufgekommen und jetzt haben wir 107. Die Folge davon ist, dass Ihre und unsere Kindergärten nicht voll ausgefüllt sind und dass daraus nur doppelte Ausgaben entstehen. Das ist ganz unsinnig und zweckwidrig. Dadurch und durch die Ausschaltung der geistigen Fürsorgepersonen aus der städtischen Kinderfürsorge hat man ungeheure Summen des Fürsorgekredits dauern immobilisiert. So wendet man für die gesamten Lebensmittel in den Kinderfürsorgeanstalten 747.000 Schilling auf und für das Personal in diesen Anstalten 3,1 Millionen. Bei einem solchen Missverhältnis wird die Fürsorge zum Unsinn. Sie haben die Fürsorge unserer Religiösen ausgeschaltet und bedenken nicht, dass die Fürsorgearbeit durch die freiwillige Hingabe ganz besonderen Charakter gewinnt und dass sie durch die Ausschaltung dieser Spitzenleistungen der Fürsorge die Fürsorge überhaupt erschlägt. Jetzt hat man eine Anzahl von Waisenhäusern geschlossen und behauptet, dass die dort entlassenen Kinder in anderen Anstalten untergebracht werden. Wohin kommen diese Kinder? Budgetär ist dafür keine Vorsorge getroffen. Abstriche hat man auch in der offenen Fürsorge gemacht und man macht sie leider auch bei der Fürsorge für die Alten. Diese Abstriche tun wirklich weh. Wir haben die grosse Befürchtung, dass Sie die grausame Praxis der Abweisung von Gesuchen um Erhaltungsbeiträge auch im Jahre 1932 verschärft fortführen werden. Auf dem Gebiet der Tuberkulosenfürsorge, auf dem von Ihrer Verwaltung sehr viel geschehen ist, wollen Sie fast eineinhalb Millionen ersparen. Alle diese Abstriche werden dem Budget nicht aufhelfen, denn sie vergrössern und vergrößern nur die Not. Wir können mit dem Weg, den Sie einschlagen in keiner Weise zufrieden sein und können Sie immer nur ermahnen, gemeinsam mit allem, was Fürsorgebereit ist, zu arbeiten. Gerade die Erfahrungen mit der Winterhilfe zeigen, dass dies der richtige Weg ist. Es ist erhebend zu sehen, wie hier wirklich die ganze Bevölkerung von Wien mithilft, nur deshalb, weil sich diese Aktion über den Parteizank und Parteihader erhebt. Man lerne daraus auch für die städtische Fürsorge! Machen Sie endlich Abstriche von Ihrem Hass gegen die freiwillige, vor allem die religiös eingestellte Fürsorge! Dann ist es möglich, dass das Wohlfahrtswesen Wiens auch der Wohlfahrt der Bevölkerung dient (Lobh. Beif.)



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

G.R. Pfeiffer (E.L.) erklärt einleitend, dass der Uebergang von der doppelten zur kameralistischen Verrechnung im Gemeindehaushaltsicherlich zu begrüßen ist, gerade aber beim vorliegenden Budget, das bedeutende Abstriche beinhalte, sich insofern unangenehm auswirkt, da die Uebersichtlichkeit leidet. Im vorliegenden Budget sind die Landes- und Gemeindeabgaben und die Zuschläge zu den Bundesabgaben um 27 Millionen Schilling geringer veranschlagt als der Ertrag im Jahre 1930. Es wäre sehr erfreulich, wenn mit diesem Minderansatz eine Steuererleichterung eintreten würde. Das trifft aber leider nicht zu. Die Ansätze mussten geringer veranschlagt werden, weil die Wirtschafts- und Steuerkraft nachgelassen hat, weil die bisher erzielten Erträge nicht mehr hereingebracht werden können. Der Oesterreicher leidet unter einem ganz fürchterlichen Steuerdruck. In der Schweiz, wo die Erwerbsverhältnisse viel günstiger liegen, zahlt der Bürger 8 Prozent von seinem Einkommen an Steuern. In Oesterreich aber trotz der bedeutend geringeren Erwerbsmöglichkeiten wird das Einkommen des Staatsbürgers mit 29 Prozent besteuert, das dreifache gegenüber dem Schweizer Staatsbürger. Daraus ist zu ersehen, wie ausserordentlich hart der Steuerdruck in Oesterreich ist. Dazu kommt noch die Vielfältigkeit unserer Steuern, die schon dazu geführt hat, dass sich die Bevölkerung auf diesem Gebiet nicht mehr auskennt. Ein Wiener Steuerträger mit einem gar nicht bedeutenden Betrieb ist gezwungen, sich zur Evidenzhaltung der Steuern jemanden zu halten. Es ist daher selbstverständlich, dass in der Bevölkerung nicht nur der Ruf nach einer Steuerermässigung nach einer Revision des Steuersystems, sondern auch nach einer Vereinfachung des Steuersystems laut geworden ist. Das Steuersystem der Wiener Rathausmehrheit ist unzeitgemäss. Es ist in der Zeit der Inflation entstanden, in Verhältnissen, die heute nicht mehr zutreffen. Es wird trotzdem aufrechterhalten. Und dies dazu noch in einer Zeit, in der die Wirtschaft vollständig zusammenbricht. Wir müssen daher eine grundlegende Revision des Wiener Steuersystems fordern eine Vereinfachung des Steuersystems, die auch den Quälereien, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist, ein Ende bereitet. Nicht nur in Wien, auch in den Bundesländern ist der Ruf nach einem Steuerstreik laut geworden. Es ist dies der Ausdruck der Verzweiflung, denn wer nach einem Steuerstreik schreit, kann sich unmöglich über die entsetzlichen Wirkungen eines solchen Streikes klar sein. Ein Steuerstreik ist eine unmögliche Sache. Dass aber der Ruf nach einem Steuerstreik laut geworden ist, daraus erwächst uns die Pflicht, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Steuerlast erträglich zu machen. Der Redner bespricht dann die Abstriche bei den Positionen der einzelnen Verwaltungszweige, kommt auf die beabsichtigte Erhöhung der Wohnbausteuern zu sprechen, wobei er erklärt, dass der beabsichtigten Erhöhung der Wohnbausteuern der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden wird. Die starken Abstriche im Strassenwesen sind überaus bedauerlich. Es wird für den Strassenbau und Strassenerhaltung um ungefähr ein Drittel weniger ausgegeben werden als im Jahre 1913. Man kann dazu ohne Uebertreibung sagen, dass eine Verklüftung der Wiener Strassen sehr zu befürchten ist. Die Kürzungen im Budget sind unter dem Druck einer ausserordentlichen Not zustande gekommen. Es fragt sich nun, auf welche Weise diese Not gemildert werden könnte. Nach unserer Meinung ist es notwendig, den Zinsfuss herabzusetzen, die Verwaltung zu vereinfachen und etwas erzieherisch auf die Bevölkerung zu wirken. In der Bevölkerung ist man sich über die schlechte Lage unserer Handelsbilanz nicht klar. Daher kommt es, dass auf dem Naschmarkt fast keine österreichischen Waren sondern nur ausländische Waren zu finden sind. In dieser Hinsicht müsste sich die Bevölkerung sicherlich eine gewisse Reserve auferlegen. Die Bevölkerung



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

müsste auch dazu erzogen werden, mit ihrem Gelde ein wenig rationeller umzugehen. Es wäre viel besser, das Geld für eine zweckmässigere Ernährung und zweckmässigere Bekleidung auszugeben, als dies heute der Fall ist. Zu der wirtschaftlichen Not kommt nun noch die politische Not. Der 15. Juli und das Verhalten der sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer hat vielen Menschen zu denken gegeben. Es ist daher selbstverständlich, dass in der Bevölkerung der Wille zur Abwehr entstanden ist. Die Bevölkerung ist nicht nur nach links, sondern auch nach rechts radikalisiert. Ich kann der sozialdemokratischen Partei den Vorwurf nicht ersparen, dass gerade sie es war, die den Boden für einen Rechtsradikalismus geschaffen hat, obwohl sie alles hätte tun sollen, um den Gedanken der demokratischen Republik zu Ansehen zu bringen. Sie haben den Klassenhass gesät und dadurch schwere Gegensätze geschaffen. So kommt es, dass die Bevölkerung nach Taten ruft, jedem zupubelt, der ihr Taten verspricht, und schon in der Veranstaltung jedes Aufmarsches eine Tat sieht. Durch derlei Stimmungen nützt man der Demokratie nicht. Es ist eine tragische Schuld der sozialdemokratischen Partei, dass gerade sie derartige ~~Stimmungen~~ züchtet und dass gerade in unsere Lande der Gedanke des Legitimus grossgeworden ist. Wir Nationalgesinnte sehen nach wie vor in dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss aller Deutschen unser Zukunftsideal, wir erblicken aber keine grössere Gefahr gegenüber der Erreichung eines solchen Zieles als den Gedanken einer Donaupföderation und des Legitimus. Und wir bekämpfen daher diese beiden Strömungen mit dem grössten Nachdruck. Neben anderen Gründen ist auch dieser Gedankengang dafür massgebend, dass wir ethisch und moralisch Anhänger der demokratischen Republik sind, in der wir die einzige Möglichkeit sehen, die Selbstständigkeit des Staates so zu erhalten, wie dies für eine Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande notwendig ist. Die sozialdemokratische Partei hat in den ganzen Jahren nichts getan, um bei der österreichischen Bevölkerung den Gedanken der demokratischen Republik zu Ansehen zu bringen, sie hat durch ihre Klassenkämpferische Gehässigkeit, durch ihre Steuerpolitik und dadurch, dass sie so grosse Gegensätze zwischen der Stadt Wien und den Bundesländern geschaffen hat, den guten Ruf unserer Verfassung geschädigt. Der Redner erklärt schliesslich, dass er gegen das Budget stimmen werde. (Lebhafter Beif. b. d. E. L.)

G. Rtin. Schlösinger (E. L.) erklärt, ihre Partei sei immer für Sparsamkeit in der Verwaltung eingetreten und habe auch verschiedene Kapitel aufgezeigt, bei denen gespart werden könne. Auf dem Gebiete des Volksschulwesens dürfen Sparmassnahmen nur mit der grössten Vorsicht getroffen werden. Das gerade Gegenteil tut die Verwaltung der Mehrheit. Seit dem Jahre 1927 ist die Zahl der Schüler um 20.000 angewachsen, die Zahl der Lehrer aber um 600 verringert worden (Hört Hört bei der E. L.) Das geschah schon in einer Zeit da die Gemeinde über grosse Ueberschüsse verfügte, da sie sich den Luxus gönnte, die Gemeindewache zu gründen und ihren Stand immerfort zu erhöhen. Man muss daher der Mehrheit die Schuld geben, wenn sich heute die Verhältnisse im Schulwesen nicht mehr meistern lassen. Einmal hat man sich gebrüstet, dass die Höchstzahl der Schüler in einer Klasse 30 sein werde. Heute ist der Durchschnitt der Schülerzahl in den Klassen 34, ja es gibt Klassen mit über 40 Schülern. Der Lehrermangel macht sich zunächst fühlbar in dem Mangel an einer notwendigen Lehrerreserve für den Supplierungsdienst. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass ein Fortschreiten des Lehrermangels unerträglich ist und dass es dagegen nur die eine Hilfe durch Neuanstellungen gibt. In der christlichsozialen Ära sind neue Schulen entstanden und gerade in den Proletariatsbezirken wahre Schulpaläste. Von der Mehrheit hört man wohl grosse Worte des Selbstlobs aber es wurde unter ihrem Regime die eine Schule in Kagrán gebaut obwohl in vielen Bezirken das grosse Bedürfnis nach Schulen besteht.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

Hier mussten im X. Bezirk wieder 1200 Umschulungen stattfinden (Hört Hört bei der E.L.), weil die Schulräume für die Kinder nicht ausreichen. In Stadlau kam es zu einem Schultreik des Elternvereins, da die Kinder, die in der Schule nicht untergebracht werden konnten, einfach nach Hirschstetten, das ist eine halbe Stunde weiter umgeschult wurden (Hört Hört bei der E.L.). Im Laufe der letzten Jahre wurden hunderte von Klassen aufgelassen, so z. B. im Jahre 1929 trotz eines Zuwachses von 2500 Schülern nicht weniger als 159 Klassen (Hört Hört bei der E.L.). Im Jahre 1929/30 waren rund 10.000 Kinder von den Umschulungen betroffen (Hört Hört bei der E.L.). Die Ueberlastung des gesamten Lehrpersonals mit dem Supplierungsdienst hat ein geradezu unerträgliches Mass erreicht. Wenn man weiterhin so Raubbau an der Nervenkraft der Lehrer treibt, wird man von einer Schulsperre wegen Lehrermangels nicht mehr weit entfernt sein. Das fällt besonders schwer ins Gewicht gegenüber der Tatsache, dass 200 bis 300 Junglehrer auf ihre Anstellung warten. Im Lehrerstand macht sich eine gewisse Ueberalterung bemerkbar. Die jüngsten Lehrkräfte sind mit wenigen Ausnahmen 34 Jahre alt. Kein anderes Bundesland ist der Junglehrerfrage so ausgewichen wie Wien. In Niederösterreich wurden seit 1919 2.115 Junglehrer angestellt (Hört Hört bei der E.L.), ja Niederösterreich stellte sogar eine Anzahl Wiener Lehrer ein. Auch in Steiermark, Salzburg und Tirol gibt es einen klaren Anstellungsplan nach welchem Junglehrer angestellt werden. Die Lehrerschaft hat namentlich in der Zeit der Schulreform eine Unzahl unbezahlter Ueberstunden auf sich genommen, aber die Mehrleistungen, die ihr jetzt zugemutet werden, treffen das Schulwesen in seinem innersten Lebensnerv. Das Klasselehrersystem ist für die 4. Klasse bereits durchbrochen, die unteren 3 Klassen haben wohl ihre eigenen Klassenlehrer, aber der Lehrer muss daneben in der Hauptschule 2 bis 4 Stunden abdienen und zwar auch in Gegenständen für die eine Fachprüfung vorgeschrieben ist. Von der Lehrerschaft hat man ein doppeltes Notopfer verlangt, das finanzielle, das sie mit der übrigen Beamtenschaft trägt, trifft sie schon hart genug, viel härter leidet die Lehrerschaft unter den Dienstverschärfungen. Die Arbeitsleistung, die von der Lehrerschaft gefordert wird, ist ein Mehrfaches von der normalen Arbeitsleistung. Der Lehrer kann einfach nur das Pensum seine Lehrstoffes erledigen, er kann nicht auf die Individualität der Kinder eingehen auch nicht auf die seelische Fühlungnahme mit den Kindern, weil er einfach keine Zeit dazu hat. Die Hauptschuldirektoren sind bei der Aufstellung des Stundenplanes in Verzweiflung geraten. An manchen Schulen mussten, da die den Hauptschulen zugewiesenen Volksschullehrer nur Wanderlehrer sind, 5 bis 6 provisorische Stundenpläne aufgestellt werden. In den Schulen geht es heute wie in einem Taubenschlag zu. Sie finden immer noch Mittel, um eine neue Unruhe in die Schulen hineinzutragen. Die Leidtragenden sind die Kinder. Bei solchen Sparmassnahmen hört die Schule auf, ein Organismus zu sein, sie wird zu einem Mechanismus herabgewürdigt. Die Lehrer klagen allgemein über Ueberanstrengung, da an ihnen Raubbau betrieben wird. Sie tragen mit der Verantwortung für das Budget auch die Verantwortung für das Schulwesen. Wenn Sie sich dieser Verantwortung bewusst sind, müssen Sie unsere Anträge annehmen, die im Stande sind, die grössten Misstände im Schulwesen zu beseitigen, und die den normalen Betrieb der städtischen Schulen gewährleisten. (Beifall).

G. R. Dr. Hengl bespricht zunächst die Bodenwertabgabe vom vorbauten Grund. Sie wurde als Zwecksteuer eingeführt, um die Mietzuschüsse zu decken. Mit dem Ertrag der Steuer sieht es aber ganz anders aus. Im Jahre 1930 ergab die Steuer 2'7 Millionen Schilling, die Mietzuschüsse betrugen aber nur 450.000 Schilling. Im Voranschlag für 1931 sind als Ertrag der Steuer 2 Millionen Schilling veranschlagt, für die Mietzuschüsse aber nur 750.000 Schilling. Im vorliegenden Budget ist der Ertrag mit 2'4 Millionen Schilling vor-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931

geschen. Die Mietzinszuschüsse sind jedoch nur mit 1 Million Schilling veranschlagt. Mit diesem Missverhältnis zwischen Ertrag der Steuer und deren Zweckbestimmung muss aufgeräumt werden. Der Redner stellt den Antrag, den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen zu beauftragen, binnen 6 Wochen ein Verzeichnis jener Strassen und Plätze vorzulegen, in denen Häuser der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund unterworfen wurden. Das Gesetz über die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund ist voreilig beschlossen worden, Manche Bestimmungen sind überhaupt undurchführbar. Das Gesetz selbst beinhaltet schwere Härten für die Grundbesitzer. Es wurde uns wohl eine Novellierung des Gesetzes versprochen, aber trotzdem besteht das Gesetz noch bis heute in seiner unmöglichen Form. Eine solche Novellierung müsste vor allem die Befreiung der Wohlfahrtsinstitutionen von der Abgabe bringen. Ganz unerträglich ist die Abgabe auch für Sportvereine, denen jede Lebensmöglichkeit untergraben wird. Weiters wäre es nötig, die Grenze der Steuerfreiheit für Kleingärten und Schrebergärten auf mindestens 1000 Quadratmeter zu erhöhen. Weiters müsste im Gesetze ausgesprochen werden, dass wenn von der Partei in gutem Glauben landwirtschaftliche Nutzung angenommen wurde und trotzdem das Befreiungsansuchen abgewiesen wird, ... keine Kontumaz einzutreten hat, sondern dass eine Selbstschätzung eintreten kann. Sehr ungünstig ist es auch, dass die Besitzer von verpachteten Liegenschaften ohne Einvernehmen mit den Pächtern die Einschätzung vornehmen können. Das Aufreizende an der Einschätzung ist aber ihre Willkürlichkeit. Nebeneinanderliegende Grundstücke werden ganz verschieden bewertet, auf Verkäufe in der Umgebung wird bei der Schätzung keine Rücksicht genommen und auch Offerenten der Gemeinde werden bei der Einschätzung nicht berücksichtigt. Der Redner stellt den Antrag, der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II werde beauftragt, ungesäumt eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gesetz betreffend die Einhebung einer Abgabe vom gemeinen Bodenwert unverbauter Grundflächen der in Aussicht gestellten Revision zugeführt wird. Der Redner bespricht sodann die Wertzuwachsabgabe und bezeichnet diese Abgabe der heutigen Zeit, wo die Realitäten zumeist nur mit Verlust abgestossen werden können, ... , zumindest soweit sie den Altbesitz betrifft als ganz ungerecht. Wir sind keine Freunde der Bodenschieber und der Grundspekulanten, müssen aber für einen Schutz des Altbesitzes unbedingt eintreten. Der Redner beantragt daher, den amtsführenden Stadtrat aufzufordern ein Gesetz zu unterbreiten, welches das Gesetz über die Wertzuwachsabgabe dahin abändert, dass Uebertragungen von Liegenschaften der Abgabe nicht unterliegen, wenn der massgebende Erwerb vor dem 1. Jänner 1919 erfolgt ist. In einer Besprechung der Wohnbausteuern kritisiert der Redner das Verfahren der Parifikation. Bei der Parifikation werden möglichst ungünstige Vergleichsobjekte herangezogen, was oft ein schreiendes Unrecht ist. Schliesslich macht er der Gemeindeverwaltung den Vorwurf, dass sie sehr wenig Interesse für die Wiener Bodenproduktion zeige. Es ist ein Schandfleck, dass Wien das einzige Bundesland ist, das keine Landeskulturförderungspost im Budget hat. Die Wiener Agrarier haben auch von der staatlichen Weingärtenerneuerungsaktion gar nichts, weil das Land Wien in der Beziehung seine Pflicht nicht erfüllt hat. Der Redner beantragt, die Post Förderung der Landeskultur 5000 Schilling <sup>festzusetzen</sup> und die Verwendung dieses Betrages im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft zu regeln (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

G.R. Preyer (E.L.) bemerkt, dass die Finanzpolitik der Gemeinde sehr viel zur Wirtschaftskrise, die gegenwärtig in Wien herrscht und zur Vergrösserung der Arbeitslosigkeit in Wien beigetragen habe. Von den 19 verschiedenen Wiener Abgaben werden indirekt auch die Arbeiter und Angestell



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

ten betroffen, die durch die Zerstörung des Betriebs um ihren Arbeitsverdienst kommen. Es ist daher falsch zu sagen, dass die Gemeinde Arbeit schaffe. Wäre das der Fall, so könnte die Arbeitslosigkeit nicht ununterbrochen steigen. Wahr ist, dass die Gemeindeverwaltung und die Finanzpolitik der Gemeinde Arbeitslose schafft. Ein Blick auf die Wiener Bezirke in denen sich die grossen Industriebetriebe befinden, zeigt, welche Früchte diese Finanzpolitik getragen hat. Die meisten grossen Unternehmungen sind gesperrt oder stark eingeschränkt. Die Gemeinderatsmehrheit spricht immer von "unserem roten Wien", sie werden bald von "unserem toten Wien" sprechen müssen. Die Finanzpolitik hat aber auch ihre verheerenden Wirkungen für die Arbeiter und Angestelltenschaft. Die Fremdenverkehrsgewerbe, die Hotelindustrie und das Gastgewerbe haben sie vollständig zertrümmert. Eine grosse Zahl hat die Betriebe so einschränken müssen, dass heute nur mehr ein sehr kleiner Bruchteil von Arbeitern und Angestellten dort beschäftigt ist. Sie selbst spüren die Folgen Ihrer Politik, da die Ertragnisse der Lustbarkeitsabgabe, der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und der Fremdenzimmerabgabe von Jahr zu Jahr zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit im Hotel- und Gastgewerbe hat die geradezu unglaubliche Höhe von 8075 Personen angenommen. Dabei verwenden Sie noch Steuergelder zur Förderung der Konkurrenzunternehmungen, wie der Wök, wodurch sie auch, da dort weibliche Angestellte, und zwar nur sozialdemokratisch organisierte aufgenommen werden, die Angestelltenschaft schädigen. Der Redner schliesst mit dem Appell an den Finanzreferenten, mehr soziale Einsicht walten zu lassen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Breitner beschäftigt sich in seinem Schlusswort zunächst mit den Ausführungen des St. R. Kunschak. Gewiss hat es in der Zeit, als das heutige Steuersystem geschaffen wurde, den Anschein gehabt, als ob man nach einem kurzen Uebergang wieder zu den normalen Verhältnissen der Kriegszeit werde zurückkehren und das Steuersystem anders gestalten können. Würde man aber heute die Abschaffung aller jener Steuern wünschen, die in der Inflation geschaffen wurden, so würde die Gemeinde ihre ganze Betriebsführung aufgeben oder zu den in der Vorkriegszeit bestandenen Steuern zurückkehren müssen. Andererseits muss aber doch berücksichtigt werden, dass die Abgabensätze, wie sie in der Zeit der Inflation festgestellt wurden, im Laufe der Jahre wesentlich abgebaut wurden und noch weiter abgebaut worden wären, wenn uns die Krise nicht daran gehindert hätte. Heute einen solchen weiteren Abbau durchzuführen ist unmöglich, und der Referent bittet daher, alle darauf abzielenden Anträge abzulehnen. Der Antrag des G. R. Kunschak, es möge für Exporte die Fürsorgeabgabe rückvergütet werden, entbehrt jedes greifbaren Inhaltes, da es unmöglich ist, den Betrag, um den es sich hier handelt, zu errechnen. Ausserdem hat ein solches Verlangen, soweit es bloss an Wien gestellt wird und nicht auch an die anderen Länder, die ja auch die Einrichtung der Fürsorgeabgabe kennen, gar keine Berechtigung. Es ist auch eine Selbsttäuschung anzunehmen, dass durch eine solche Rückvergütung die Ausfuhr belebt werden könnte. An diesen 4 Prozent, die sich im Warenpreise nur etwa mit 2 Prozent ausdrücken würden, krankt unser Export gewiss nicht. Er krankt zum Beispiel an unserem hohen Zinsfuss, der ermässigt werden sollte. Wie wenig mit einer solchen Rückvergütung geholfen worden ist, kann man am besten daraus ermessen, wenn man an die hohen Zölle, die in allen Staaten nun bestehen, denkt. Hebt ja jetzt England z. B. Zölle bis zu 100 Prozent des Warenportes ein. Was die Hauspersonalabgabe betrifft, so ist es richtig, dass sich die abgabepflichtigen Haushalte um 1260 vermindert haben, davon waren aber in 1930 nur 2 Hausgehilfen beschäftigt und man kann gewiss nicht sagen, dass Dreiviertel dieser Haushalte ihr Hauspersonal nur wegen einer Abgabe von



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931

50 Schilling vermindert oder ihren Haushalt aufgelöst haben. Vielmehr drückt sich darin die Wirtschaftskrise aus. Es ist ebenso eine Folge des grossen wirtschaftlichen Zusammenbruchs und nicht eine Folge der Hauspersonalabgabe, wenn infolge des Zusammenbruchs der Kreditanstalt einer der grossen Steuerträger seinen Haushalt eingeschränkt hat und ihm andere darin folgen werden. Wenn St. R. Kunschak auf die Rücksichtslosigkeit und Schikanen, die bei der früheren Form der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe<sup>angeblich</sup> bestanden haben, hingewiesen hat, so wäre nur zu wünschen, dass man unter den Gastwirten eine Abstimmung einleitet. Es würden dann sicherlich 80 Prozent der Gastwirte sich dahin äussern, dass die frühere Steuer weit sozialer war. Sie war wirklich von dem Gedanken getragen, leistungsfähige Betriebe zur Zahlung heranzuziehen, dagegen die grosse Zahl der mittlern und kleinen Betriebe abgabefrei zu lassen. Wenn St. R. Kunschak meint, die Regierung und der Nationalrat hätten niemals ihre Zustimmung zu einer automatischen Erhöhung der Abgabe unter gewissen Voraussetzungen gegeben, falls man die heutigen Verhältnisse damals vorausgesehen hätte, so ist er im Irrtum. Ich habe den damaligen Finanzminister in der eindringlichsten Weise darauf aufmerksam gemacht, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Ich habe es vor aller für unvertretbar erklärt, eine bestimmte Kategorie von Abgabepflichtigen so sehr zu begünstigen. Die Klubs, der Jokerklub, der Schachklub<sup>A. N.</sup> haben früher 91.000 Schilling Abgabe gezahlt, sie zahlen heute nur 2000 Schilling (Hört Hört bei der Mehrheit). Das ist wirklich nicht zu vertreten. Ferner habe ich darauf hingewiesen, dass die kleine Anzahl von Delikatessengeschäften die von der Abgabe belastet sind, früher eine Steuer von 846.000 Schilling gezahlt haben, heute aber freibleiben. Keiner dieser Betriebe ist mit dem Preis auch nur um ein Geringes hintergegangen (Hört Hört bei der Mehrheit). Ich habe den Finanzminister ferner darauf aufmerksam gemacht, dass nicht die allergeringste Rücksicht auf den Konsumrückgang und auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage genommen werde und habe gezeigt, dass es unsinnig ist, ein Gesetz mit einer Nahzahlungsverpflichtung zu formulieren die umso höher ist je schlechter das Geschäft gegangen ist. Das sind Dinge die den Abgabepflichtigen reizen müssen, das ist wirklicher Sadismus. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Es handelt sich hier um kein Uebersehen sondern es handelt darum, dass ein Gesetz, das hier und im Nationalrat ausgiebig beraten wurde, eingehalten werden muss. Man mag sich bemühen, eine Formulierung des Gesetzes zu finden, die keine mechanische Hinaufnumerierung bedeutet und wir haben unsere Bereitwilligkeit erklärt, in einem engeren Kreise über die Dinge sachlich zu sprechen. Gegenüber den Ausführungen des St. R. Kunschak betreffend Finanzierung der Wohnbauten durch eine Wohnbanleihe verweist St. R. Breitner darauf, dass dieses Ansinnen von der Minderheit besonders eindringlich in der Budgetdebatte des Jahres 1925 gestellt worden sei. Hätten wir uns damals zur Wohnbanleihe entschlossen, so hätte das zur Folge gehabt, dass wir vom 1. Jänner 1926 bis heute 576 Millionen in Anleiheform hätten aufbringen müssen, das heisst, dass wir etwa das Einei halbfache der Wohnbausteuer verwenden müssten, um durch Jahrzehnte eine solche Anleihe zu verzinsen. St. R. Kunschak hat den Abstrich von 18 1/2 Prozent den wir vorgenommen haben, als politische Hochspannung bezeichnet und in einem Artikel des christlichsozialen Organes wurde davon gesprochen dass ungefähr eine Milliarde in einem Betonblock festgefroren sei. Für uns ist das kein festgefrorener Betonblock, sondern es werden bald 60.000 Wohnungen sein, die gar nicht festgefroren sind, sondern in denen 80.000 bis 100.000 Kinder aus den elendesten Wohnverhältnissen heraus<sup>eine</sup> nunmehr menschenwürdige Unterkunft finden. (Lebhafter Beifall).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 15. Dezember 1931.

Auf den Vorwurf, dass die sozialdemokratische Partei an der Radikalisierung der Bevölkerung schuldtragend sei, erwidert St. R. Breitner, dass die Sozialdemokratie mit dem Radikalismus auf ihrer Seite einen starken Kampf zu führen habe. Es wäre nur zu wünschen, wenn ein obensolcher Kampf auch bei den Parteien der Minderheit zu beobachten wäre. Das ist aber nicht der Fall, denn Sie haben einen Vertreter des Rechtsradikalismus zum Minister gemacht und die Vertreter Ihrer Partei sind mit ihm in einer Regierung beisammengesessen. Der Referent reflektiert dann auf die Bemerkungen der Oppositionsredner über die Bodenwertabgabe, über das Schulwesen und über die Fremdenverkehrsförderung und sagt dann zur geplanten Erhöhung der Wohnbausteuer folgendes:

Was zunächst die Bemängelung anlangt, dass die Öffentlichkeit erst durch die Rede des Präsidenten Danneberg auf der Konferenz der Wiener Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenschaft unterrichtet worden sei, so ist meines Erachtens der Vorwurf undemokratischen Vorgehens nicht begründet. Es ist doch ganz selbstverständlich, dass die verwaltende Mehrheit vor wichtigen Beschlüssen die Zustimmung jener Kreise einholt, die sie im Gemeinderat vertritt. Gerade das ist wahre Demokratie. Die Minderheit sollte dies verstehen. Umsomehr als man beispielsweise über die wichtigsten Pläne der bürgerlichen Regierung aus erster Hand nur dann etwas erfahren kann, wenn man Versammlungen in Feuersbrunn oder Matzen besucht. (Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei der Minderheit).

Der äussere Gang dieser Gesetzesvorlage wird sich natürlich genau so gestalten wie bisher. Die Ausarbeitung erfolgt durch den Magistrat, die Vertretung durch den amtsführenden Stadtrat für Finanzen.

St. R. Kunschak hat den Standpunkt eingenommen, dass die Polemik verfrüht sei, solange der Gesetzentwurf nicht im Wortlaut vorliegt. Das ist zu begrüssen. Die bisherige Kritik wird ohne wahre Grundlage, förmlich als Kampf gegen Windmühlen geübt. Die Richtlinie, die am 28. November gegeben wurde, war selbstverständlich nur allgemeiner Natur. Es ist zunächst als Grundsatz ausgesprochen worden, dass die überwiegende Masse der Mieter mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftsnot auch von jener bescheidenen Belastung freibleibe soll, die unter besseren Verhältnissen gewiss vertreten werden kann. Ohne Festlegung auf eine unüberänderliche Summe wurde angedeutet, welche ungefähre Wirkung der Abgabensteigerung wünschenswert ist. Seither arbeitet der Magistrat und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich mitteile, dass fast Tag für Tag eine neue Skala entworfen worden ist. An Dutzenden von praktischen Einzelbeispielen wurde die Wirkung erprobt. Ich glaube, dass der Magistrat nunmehr das Zutreffende gefunden hat. Es wird sich erweisen, dass zu den übertriebenen Befürchtungen kein Anlass vorliegt. Weder die Inhaber von Geschäftslokalen oder Fabriken, noch ihre Arbeiter und Angestellten werden durch die geplante Steuererhöhung einer Katastrophe entgegengetrieben werden. Davon kann gar keine Rede sein. Trotz dem Festhalten an dem sozialen Aufbau der Wohnbausteuer dem Bestreben, die Lasten gerecht zu verteilen, die Leistungsfähigen nach Möglichkeit heranzuziehen, wird die Grenzzinie des heute wirtschaftlich Zulässigen keineswegs überschritten werden. Bei sachlicher Prüfung, die auch die Minderheit, wie ich voraussetze, der Vorlage nicht versagen wird, ist meiner Überzeugung nach zu schärfstem Widerstand kein Anlass. Uebrigens wird wohl sehr bald Gelegenheit sein, sich mit diesem Gesetze zu befassen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Die Generaldebatte über den Voranschlag und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II sind abgeschlossen. Die Abstimmung erfolgt morgen um 18 Uhr. Zum Referat kommt morgen, Mittwoch, Stadtrat Speiser, der über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform berichten wird.

Schluss der Sitzung 31 Uhr 55.